

PROCESSING COPY

oep

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Ministry of the Chemical Industry:
Verfuegungen und Mitteilungen for
25 April 1957

DATE DISTR. 21 JUN 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO. RD

REFERENCES

25X1

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

Issue number 8, dated 25 April 1957, of Verfuegungen und Mitteilungen (Directives and Bulletins) of the Ministry of the Chemical Industry. The issue contains miscellaneous information pertaining to the East German Chemical industry, viz. the naming of Heinz Adler as State Secretary in the Ministry of the Chemical Industry, introduction of the 45-hour week (listing plants and dates), implementation of the standardization program, etc. (one document in German)

25X1

Life
For Retention
(M)
Ch
W
|

CONFIDENTIAL

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC					
-------	--	--	---	---	-----	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CONFIDENTIAL

25X1

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Chemische Industrie

V. u. M.

Berlin, den 25. April 1957

Nr. 8

INHALT

I. Bekanntmachungen	Seite	IV. Finanzen	Seite
1. Verfügung Nr. 37/57 über Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Auftragslenkung bei Guß- und Schmiedestücken	79	11. Richtlinie zur Durchführung der Kon- trolle der Inanspruchnahme des Lohn- fonds	84
2. Verfügung Nr. 38/57 über Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen In- dustriebetriebe für die Landwirtschaft- lichen Produktionsgenossenschaften	80	V. Forschung und Entwicklung	
3. Verfügung Nr. 39/57 über die Planung und Durchführung von Generalreparaturen und Revisio- nen an Turbinen im Planjahr 1958 so- wie über die Ausführung von Havarie- Reparaturen	81	12. Verfügung über Organisation und Durchführung der Standardisierung	85
II. Organisation		VI. Arbeit und Berufsausbildung	
4. Anordnung über die Einführung der verkürzten Arbeitszeit in den Betrie- ben des Ministeriums für Chemische Industrie vom 5. Februar 1957	82	13. Verfügung über die Wohnraumbedarfs- planung für das Jahr 1957	87
5. Ernennung des Staatssekretärs	83	14. Ärztliche Reihenuntersuchungen	88
6. Ergänzung der Verschlusssachen-Nomen- klatur	83	15. Richtlinie zur Durchführung des Be- rufswettbewerbes	88
7. Betreten von staatlichen Einrichtungen und Betrieben durch Abgeordnete der Volks- und Länderkammer	83	16. Plan der Maßnahmen zur Förderung der Jugend	88
8. Anfertigung von Ergebnisprotokollen	84	VII. Rechtsfragen und allgemeines Vertrags- system	
9. Berufungen und Abberufungen	84	17. Arbeitsgruppen der Justitiare	90
III. Planung und Materialversorgung		18. Übertragung von Vertragsschiedssachen vom Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung auf die Bezirksvertragsge- richte	90
10. Kreditgewährung zur Einführung der neuen Technik	84	VIII. Sonstiges	
		19. Literatur-Hinweise	90
		20. Manuskripte für Heft 9 „Verfügungen und Mitteilungen“	90

I. Bekanntmachungen

**1. Verfügung Nr. 37/57
über Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und
Auftragslenkung bei Guß- und Schmiedestücken
vom 8. Februar 1957**

Zur Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung der Verbraucher mit Guß- und Schmiedestücken wird auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und nach Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

(1) Der Minister für Berg- und Hüttenwesen wird beauftragt, bei der Hauptverwaltung Gießereien eine „Zentrale Gußleitstelle“ einzurichten. Der Leiter der „Zentralen Gußleitstelle“ hat die Stellung eines Stellvertreters des Hauptverwaltungsleiters.

(2) Die Zentrale Gußleitstelle hat die Voraussetzungen für die bestmögliche Auslastung und die planmäßige Er-

weiterung der Kapazitäten sämtlicher Gießereien der zentral geleiteten und der volkseigenen örtlichen Industrie zu schaffen. Der Zentralen Gußleitstelle sind daher insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse zu übertragen:

- a) die systematische Ermittlung der Gießereikapazitäten unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen der Betriebe,
- b) die Prüfung und Koordinierung der Perspektivpläne sowie der Investitions- und Generalreparaturpläne der Planträger zur Modernisierung, Spezialisierung und Erweiterung der Gießereikapazitäten nebst Ausarbeitung der entsprechenden Kennziffern,
- c) die rechtzeitige Ermittlung des Bedarfes an Gußstücken über die Hauptbedarfsträger und die Prüfung der Bedarfsmeldungen,
- d) die Zusammenstellung der Bedarfsmeldungen der Hauptbedarfsträger für die Gießereibetriebe sowie

CONFIDENTIAL

die Materialsteuerung für die Einsatz- und Hilfsstoffe:

Roheisen, Hämatit, Gußbruch, Stahlschrott, NE-Blockmaterial, Koks, feuerfestes Material, Tempererz,

einschließlich der Verteilung der Kontingente an die Hauptbedarfsträger sowie der Kontrolle über Verwendung und Bedarf dieser Einsatz- und Hilfsstoffe, wobei die Zentrale Gußleitstelle über von ihr festgestellte Überplanbestände anderweitig verfügen kann.

(3) Die Bedarfsträger können die Hilfe der Zentralen Gußleitstelle bei der Unterbringung von Aufträgen in Anspruch nehmen.

(4) Soweit von den Maßnahmen nach Absatz 2 Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie betroffen werden, hat die Zentrale Gußleitstelle den zuständigen Rat des Bezirkes zu unterrichten und zu hören.

II.

(1) Der Minister für Berg- und Hüttenwesen wird ferner beauftragt, bei der Hauptverwaltung Eisenindustrie eine Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse einzurichten.

(2) Die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse hat die in Ziffer I, Absätze 2 bis 4, festgelegten Pflichten und Befugnisse sinngemäß wahrzunehmen.

III.

Die Zentrale Gußleitstelle und die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse haben ihre Tätigkeit am 1. März 1957 aufzunehmen.

Berlin, den 8. Februar 1957

gez. Selbmann,
Stellv. Ministerpräsident

2. Verfügung Nr. 38/57 über Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 8. Februar 1957

Die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft erfordert die ständige und helfende Solidarität der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, insbesondere in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Deshalb ist es eine politische Verpflichtung für die Arbeiter in unserer volkseigenen Industrie, die weitere sozialistische Entwicklung in unserer Landwirtschaft durch kameradschaftliche Hilfe für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu unterstützen.

Um hierzu Hinweise und Anregungen zu geben, hat das Präsidium des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Programm von Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe und anderer staatlicher Einrichtungen für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beschlossen. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen wird auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und nach Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

(1) Die Fachminister haben darauf hinzuwirken, daß die ihnen unterstellten Betriebe für das Jahr 1957 kurzfristig neue Patenschaftsverträge mit Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) schließen. Dabei sollen solche LPG bevorzugt werden, welche noch mit Aufbau- und Organisationsschwierigkeiten zu kämpfen haben.

(2) Die Patenschaftsverträge sind auf Seiten des Betriebes sowohl von einem Vertreter der Werkleitung wie auch von einem Beauftragten der Betriebsgewerkschaftsleitung zu unterzeichnen. Die danach vorgesehene Patenschaftshilfe ist unter breiter Mitwirkung der Belegschaft zu organisieren.

II.

In die Patenschaftsverträge sind Verpflichtungen aufzunehmen, die sowohl eine politisch-ideologische Förderung wie auch eine praktische und materielle Unterstützung der LPG durch den Patenbetrieb zum Inhalt haben. Dazu gehört auch die Unterstützung der LPG durch Arbeitseinsätze und Materialzuwendungen aus inneren Reserven der Patenbetriebe.

III.

(1) Bei der Gestaltung und Durchführung der Patenschaftsverträge ist besonderer Wert darauf zu legen, daß folgende Maßnahmen vorbereitet und realisiert werden:

- a) Für den weiteren Ausbau der LPG sind geeignete Fachkräfte, wie Ingenieure, Konstrukteure, Architekten, Baufachleute und Meister zu gewinnen, die der LPG bei dem Umbau und Ausbau von Wirtschaftsgebäuden und Wohnhäusern sowie bei der Innenmechanisierung Ratschläge geben und die Ausarbeitung von Projektierungs- und Konstruktionsplänen übernehmen.
- b) Zu fördern ist auch die Kleinmechanisierung, z. B. der Bau von Futterküchen und Selbsttränken und der Einsatz von Elektrokarren.
- c) Bei der Ausführung von Reparaturen an Wirtschafts- und Wohngebäuden sowie an Maschinen und Geräten, bei der Durchführung von Um- und Ausbauten bei der Mechanisierung und Technisierung wie auch bei der Errichtung von Wasseranlagen und elektrischen Anschlüssen sollen die Patenbetriebe die LPG durch den Einsatz von Spezialisten und Facharbeitergruppen unterstützen.
- d) Weitere wirksame Hilfe ist den LPG in Fragen der Wirtschaftsführung, der Arbeitsorganisation, der Organisierung von Wettbewerben, der Anwendung von Prämiensystemen und der Übermittlung technischer Kenntnisse dadurch zu gewähren, daß qualifizierte Mitarbeiter der Patenbetriebe entsprechende Belehrung und Anleitung geben. Zugleich sind den Angehörigen der LPG durch Übernahme von Referaten und Vorträgen in Genossenschafts- und Dorfversammlungen die Politik unserer Arbeiter- und Bauernmacht, aktuelle ökonomische Fragen und wichtige gesetzliche Bestimmungen durch geeignete Mitarbeiter der Patenbetriebe zu erläutern.

(2) Die Hilfe der Patenbetriebe soll sich nach Möglichkeit auch auf das Ausleihen von Baumaschinen, Geräten und Transportmitteln, die Herstellung bestimmter Ersatzteile und die Anfertigung von Baubeschlägen beziehen, die vielfach aus Schrott und Materialabfällen hergestellt werden können.

IV.

(1) Die Betriebe haben für die von ihnen nach Ziffer III durchgeführten vertraglichen Leistungen nur die Kosten für Arbeit und Material zu berechnen, die unmittelbar durch die Leistung entstanden sind. Gemeinkosten, Gewinn und Produktionsabgabe sind nicht zu berechnen. Das Nähere bestimmt der Minister der Finanzen durch eine diesbezügliche Anweisung.

(2) Altmaterial (Wasserrohre, Heizungsrohre und dergleichen) ist zu Schrottpreisen zu berechnen.

(3) Leistungen, welche kurzfristige Aufträge darstellen und weniger als vier Stunden beanspruchen, sind nicht zu berechnen.

~~CONFIDENTIAL~~

(4) Sind Lieferungen neuwertiger Materialien in größerem Umfang vorgesehen, so ist die Freigabe und die Regelung der Kosten bei dem zuständigen Fachminister zu beantragen.

Berlin, den 8. Februar 1957

gez. Selbmann,
Stellv. Ministerpräsident

**3. Verfügung Nr. 39/57
über die Planung und Durchführung von Generalreparaturen und Revisionen an Turbinen im Planjahr 1958 sowie über die Ausführung von Havarie-Reparaturen vom 8. März 1957**

Auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerpräsidenten vom 24. November 1955 wird folgendes bestimmt:

I.

Planung der Generalreparaturen und Revisionen

- (1) Grundlage für die Aufstellung des Generalreparaturplanes 1958 für Turbinen bilden die Aufträge der VEB Energieversorgung und der anderen mit Dampfturbinen ausgerüsteten Betriebe an den VEB Turbinen und Generatoren und die Zentralen Reparatur-Abteilungen.
- (2) In dem Generalreparaturplan sind auch die durchzuführenden Revisionen aufzunehmen.

II.

Durchführung der Generalreparaturen und Revisionen

- (1) Aufträge über Turbinen-Reparaturen sind bis zum **31. Mai 1957** dem VEB Turbinen und Generatoren, Reparaturleitstelle (TRL), Berlin-Wilhelmsruh, Hertzstraße, bzw. den Zentralen Reparatur-Abteilungen der Energiewirtschaft in doppelter Ausfertigung zuzuleiten.
- (2) Die Aufträge sind auf Grund des Befundberichtes der letzten Revision, die der VEB Turbinen und Generatoren oder seine Beauftragten durchgeführt haben, zu erteilen.
- (3) Liegt kein Befundbericht vor, kann der Betrieb bis zum **31. Juli 1957** die Turbine kurzfristig außer Betrieb setzen und sie unter Hinzuziehung eines Sachverständigen des rechtzeitig benachrichtigten VEB Turbinen und Generatoren einer Revision unterziehen. Bei dieser Revision ist auch die Maßnahme der Verschleißstelle durchzuführen. Hierbei sind die Regeln der Technischen Betriebsführung „Planmäßig vorbeugende Reparaturen an Kraftwerkshauptausrüstungen“ zu beachten. Die zeitliche Festlegung dieser Revisionen ist so zu treffen, daß zusätzlicher Leistungsausfall weitestgehend vermieden wird. Die Termine sind mit dem Bezirkslastverteiler zu vereinbaren.
- (4) Die zur Revision notwendigen Montagearbeiten können von einer Turbinenfabrik oder einer Zentralen Reparatur-Abteilung der Hauptverwaltung Elektroenergie ausgeführt werden.

Dafür kommen in Betracht:

die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Zschornowitz des VEB Energieversorgung Halle,
die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Lauta des VEB Energieversorgung Cottbus,
die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Erfurt des VEB Energieversorgung Erfurt,
die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Dresden des VEB Energieversorgung Dresden.

- (5) In jedem Auftrag ist die zur Durchführung der Generalreparatur der Turbine gewünschte Stillstandszeit anzugeben.
- (6) Die Aufträge sollen enthalten:
Betriebs-Nummer des Aggregates in der Kraftzentrale,
Hersteller,

Type,
Fabrik-Nummer,
Baujahr,
Leistung in MW,
Monteur-Anforderungen,
Ersatzteilbestellungen,
Angaben über den Einbau der Ersatzteile (z. B. Beschauelung),
Angaben über die Anfertigung von Konstruktionsunterlagen.

(7) Konstruktionsunterlagen sind nur dann zu bestellen, wenn die Ersatzteile erst 1959 oder später benötigt werden. Liegt für die bestellten Ersatzteile noch keine Konstruktion vor, so umfaßt der Auftrag auch die Anfertigung der Konstruktionsunterlagen.

III.

Finanzierung der Generalreparaturen an Turbinen

Die Hauptverwaltungen und Betriebe haben die Generalreparaturmittel den Richtwerten der Turbinenfabriken entsprechend rechtzeitig bereitzustellen.

IV.

Aufträge über Havarie-Reparaturen

- (1) Bei nach dem 31. Mai 1957 erforderlich werdenden Havarie-Reparaturen ist der Schadenfall sofort der Hauptverwaltung Elektroenergie, Abteilung Hauptmechanik (Telefon Berlin 5 07 26 94 und 5 07 26 84), und dem VEB Turbinen und Generatoren, TRL, (Berlin 48 03 51 und 48 37 15) fernmündlich oder fernschriftlich zu melden.
- (2) Die Aufträge über die auszuführenden Instandsetzungsarbeiten sind in doppelter Ausfertigung dem VEB Turbinen und Generatoren, (TRL) zuzuleiten. Der VEB Turbinen und Generatoren bestimmt das Reparaturwerk, das die Reparatur vornehmen soll.
- (3) Die Hauptverwaltung Elektroenergie stellt entsprechend der Wichtigkeit der ausgefallenen Turbine für die Stromversorgung eine Dringlichkeitsbescheinigung aus, und zwar über
 - a) Havariefall,
 - b) Katastrophenfall.
- (4) Die Dringlichkeitsstufe „Havariefall“ bedeutet, daß die Turbine gleichrangig mit Planobjekten zu bearbeiten ist. Die Dringlichkeitsstufe „Katastrophenfall“ ist nur in Sonderfällen zu erteilen und bewirkt vorrangige Bearbeitung unter Zurücksetzung von Planobjekten.

V.

Vertragliche Regelung der Aufträge

Auf der Grundlage der erteilten Aufträge sind mit den die Reparaturen ausführenden Betrieben Verträge nach den Bestimmungen des Allgemeinen Vertragssystems zu schließen.

VI.

Zurückziehung von Aufträgen oder Aufhebung von Verträgen über Turbinen-Reparaturen

- (1) Muß ein Auftrag über die Ausführung einer Turbinen-Reparatur aus zwingendem Grunde zurückgezogen werden, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den VEB Turbinen und Generatoren über die Hauptverwaltung Elektroenergie, Abteilung Hauptmechanik, hiervon unverzüglich unter Angabe des Grundes zu unterrichten.
- (2) Dazu ist der Auftraggeber auch dann verpflichtet, wenn bereits ein Vertrag über die Reparatur zustande gekommen ist und er deshalb zugleich die Aufhebung des Vertrages nach den hierfür geltenden Vorschriften (§ 8 der Sechsten Durchführungsbestimmung vom 23. Dezember 1953 zur Vertragsverordnung, GBl. 1954, S. 21) verlangt.

~~CONFIDENTIAL~~

VII.

Kontrollpflicht

Die Kontrolle der Einhaltung der durch diese Verfügung getroffenen Regelung der General- und Havarie-Reparaturen an Turbinen obliegt dem Leiter der Ab-

teilung Hauptmechanik der Hauptverwaltung Elektroenergie des Ministeriums für Kohle und Energie.

Berlin, den 8. März 1957

gez. Selbmann,
Stellv. Ministerpräsident

II. Organisation

4. Anordnung über die Einführung der verkürzten Arbeitszeit in den Betrieben des Ministeriums für Chemische Industrie vom 5. Februar 1957

Nachfolgend wird die bereits im Sonderdruck Nr. 2 der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Chemische Industrie“ vom 14. Februar 1957 veröffentlichte Anordnung nochmals zur Kenntnisnahme gebracht:

Auf Grund des § 2, Absatz 2, und des § 3, Absatz 2, des Gesetzes vom 19. Januar 1957 über die Verkürzung der Arbeitszeit (GBl. I, S. 73) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung und nach Abstimmung mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Chemie folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Am 1. März 1957 wird in folgenden Betrieben die 45-Stunden-Woche eingeführt:

- a) in den Betrieben der Hauptverwaltung Schwerchemie,
- b) in den Betrieben der Hauptverwaltung Anorganische Chemie,
- c) in den nachstehend aufgeführten Betrieben der Hauptverwaltung Chemisch-technische Erzeugnisse:
 - VEB Filmfabrik Agfa Wolfen
 - VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels“, Premnitz
 - VEB Thüringer Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck“, Schwarza
 - VEB Zellstoff- und Zellwollewerk Wittenberge
 - VEB Sächsisches Kunstseidenwerk „Siegfried Rädcl“, Pirna
 - VEB Spinnfaser Elsterberg
 - VEB Spinnstoffwerk „Otto Buchwitz“, Glauchau
 - VEB Sächsische Zellwolle Plauen
 - VEB Eilenburger Celluloidwerk Eilenburg
 - VEB Kunstharz- und Preßmassefabrik Erkner
 - VEB Kunstharz- und Preßmassefabrik Espenhain
 - VEB Reifenwerk Fürstenwalde
 - VEB Reifenwerk Riesa
 - VEB Berliner Reifenwerk
 - VEB Asbestwerke Dresden
- d) in den nachstehend aufgeführten Betrieben der Hauptverwaltung Allgemeine Chemie:
 - VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben
 - VEB Fettchemie Karl-Marx-Stadt
 - VEB Berlin-Chemie, Berlin-Adlershof
 - VEB Chemische Fabrik Grünau
 - VEB Laborchemie Apolda
 - VEB Chemische Fabrik Miltitz
 - VEB Aropharmwerk Riesa
 - VEB Chemische Fabrik Finowtal
 - VEB Gärungschemie Dessau
 - VEB Rußwerk Oranienburg
 - VEB Lactacida, Niederstrießig
 - VEB Wasserglasfabrik Dehnitz
 - VEB Chemische Fabrik Lipsia, Mügeln
 - VEB Gelatinewerk Calbe
 - VEB Lack- und Lackkunstharzfabrik Zwickau
 - VEB Lack- und Lackkunstharzfabrik Magdeburg
 - VEB Bleifarbenwerk Ohrdruf
 - VEB Ultramarinfabrik, Schindlerswerk
 - VEB Zinkweißhütte Bernsdorf
 - VEB Farben- und Lackfabrik Fürstenwalde

VEB Lithopone-Werk Wünschendorf
VEB Farbenfabrik Nerchau
VEB Leuchtstoffwerk Bad Liebenstein
VEB Farben- und Lackfabrik Leipzig
e) im VEB Konstruktions- und Ingenieurbüro Chemie, Leipzig

(2) Am 1. April 1957 wird die 45-Stunden-Woche

- a) in den übrigen Betrieben der Hauptverwaltung Chemisch-technische Erzeugnisse,
- b) in den übrigen Betrieben der Hauptverwaltung Allgemeine Chemie eingeführt.

(3) Sofern es die örtlichen Verhältnisse, insbesondere die Verkehrsbedingungen erfordern und die zuständige Bezirkskommission sich damit einverstanden erklärt hat, können die in § 1, Absatz 1, genannten Betriebe einheitlich mit anderen Betrieben am Montag, dem 4. März 1957, mit der Arbeitszeitverkürzung beginnen.

§ 2

(1) Die Verkürzung der Arbeitszeit tritt für die im § 1, Absatz 2, genannten Betriebe auf gemeinsamen Antrag des Werkleiters und der Betriebsgewerkschaftsleitung nach Bestätigung durch die Kommission der zuständigen Hauptverwaltung in Kraft.

(2) Die Leiter der Hauptverwaltungen haben festzulegen, welche Kontrollunterlagen die Betriebe ihrem Antrag beizufügen haben.

§ 3

(1) Die Verkürzung der Arbeitszeit wird in den Betrieben einschließlich der Verwaltungen der Betriebe auf 45 Stunden an sechs Arbeitstagen wöchentlich durchgeführt. Eine Verlängerung der bisherigen täglichen Arbeitszeit ist unzulässig.

(2) Die Festlegung der Arbeitszeit hat nach Abstimmung mit den zuständigen Verkehrsorganen so zu erfolgen, daß sie sich als Verlängerung der persönlichen Freizeit der Beschäftigten auswirkt.

§ 4

(1) Die Werkleiter haben die auf Grund der Anweisung vom 4. Januar 1957 zur Vorbereitung der Maßnahmen für die Einführung der verkürzten Arbeitszeit gebildeten Betriebskommissionen mit der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung zu beauftragen. Den Betriebskommissionen sollen neben Wirtschaftsfunktionären und Vertretern der Betriebsgewerkschaftsleitungen auch die besten und erfahrensten Arbeiter, Meister und Mitglieder des ingenieur-technischen Personals der Betriebe angehören.

(2) Die Vorbereitung und Einführung der neuen Arbeitszeit hat in enger Zusammenarbeit mit allen Werkträgern zu erfolgen.

§ 5

(1) Die Einführung der 45-Stunden-Woche darf die volle Erfüllung aller Planteile nicht beeinträchtigen.

(2) Die geeigneten Vorschläge zur Verbesserung der Technik und Technologie, der Arbeitsorganisation, zur Beseitigung vermeidbarer Ausfallstunden, zur vollen Ausnutzung des Arbeitstages sowie der Maschinen und Apparate, zur Qualifizierung der Arbeitskräfte und zur Erhöhung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sind

CONFIDENTIAL

im Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen zusammenzufassen. Dieser Plan ist in Produktionsberatungen und ökonomischen Konferenzen wie auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Betriebskollektivverträge zu erörtern und zu ergänzen. Zugleich ist die laufende Kontrolle seiner Realisierung zu organisieren.

(3) Die Leiter der Hauptverwaltungen haben die termingerechte Vorbereitung und Durchführung der ökonomischen Konferenzen anzuleiten und zu kontrollieren.

§ 6

(1) Die nach § 5 durchzuführenden Maßnahmen sollen gewährleisten, daß der Lohnfonds des Betriebes eingehalten und der Arbeitskräfteplan nicht überschritten wird.

(2) Für Betriebsabteilungen, deren ununterbrochener Produktionsprozeß zusätzliche Arbeitskräfte erfordert, sind diese Kräfte aus anderen Abteilungen des Betriebes freizustellen. Im übrigen ist der Mehrbedarf aus dem planmäßigen Zuwachs des Betriebes abzudecken. Eine Überschreitung des Arbeitskräfteanteils der nicht zur Produktion gehörenden Abteilungen ist nicht gestattet.

(3) Die kontinuierliche Energieabnahme, die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Strombezuges und eine weitere Entlastung in den Spitzenzeiten müssen gewährleistet sein.

(4) Eine fristgemäße und gleichbleibende Be- und Entladung besonders an Sonnabenden sowie Sonn- und Feiertagen ist sicherzustellen.

§ 7

(1) Die Verkürzung der Arbeitszeit (§ 3, Absatz 1) ist in der Regel wie folgt durchzuführen:

a) in ein- und zweischichtig arbeitenden Betrieben und Betriebsteilen durch Kürzung der täglichen Arbeitszeit,

b) in dreischichtig arbeitenden Betrieben ohne Sonntagsarbeit durch Wegfall der 6. Nachtschicht und Kürzung der 6. Spätschicht (Nachmittagsschicht) um eine Stunde,

c) in dreischichtig arbeitenden Produktionsbetrieben mit ununterbrochenem Betrieb, die eine durchgehende Sonntagsarbeit erfordern, einschließlich des Betriebsschutzes und der Pfortner, unter Beibehaltung der täglich achtstündigen Arbeitszeit durch Einführung neuer Schicht- und Springersysteme.

(2) Diese neuen Systeme sind in Abhängigkeit von den Produktionszusammenhängen und den planmäßigen Stillständen zur Ausführung von Reparaturen so zu regeln, daß die Arbeitszeitverkürzung zu zusätzlichen Freischichten führt. Solche Schichtsysteme müssen im Turnus die durchschnittliche 45-Stunden-Woche erreichen. In der Regel sollen die zusätzlichen Freischichten nach Ablauf der Nachtschichtwoche gewährt werden und somit zur Beseitigung der kurzen Schichtwechsel bzw. der Zwölf-Stunden-Sonntagsschichten führen.

(3) Sonderregelungen der Arbeitszeit und die Einführung besonderer Schichtsysteme bedürfen der Zustimmung des Leiters der zuständigen Hauptverwaltung und des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Chemie.

§ 8

(1) Tritt bei dem Übergang zur verkürzten Arbeitszeit vorübergehend eine Überschreitung des anteiligen Lohnfonds auf, so ist der Ausgleich im Laufe des Jahres durch entsprechende technisch-organisatorische Maßnahmen herbeizuführen.

(2) Eine zeitweise Mehrinanspruchnahme ist mit den zuständigen Kreditinstituten zu vereinbaren.

(3) Sind infolge Verschiebungen in der Lohngruppenstruktur der Produktionsarbeiter Lohnfondsüberschreitungen nicht ausgleichbar, so ist der Ausgleich im Rahmen der Hauptverwaltung herbeizuführen. Ein Ausgleich durch die Hauptverwaltungen ist nur durchzuführen, wenn sich solche Veränderungen nachweisbar aus der Verkürzung der Arbeitszeit ergeben und der Betrieb alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat.

§ 9

(1) Der Haushaltstag, der gesetzliche Erholungsurlaub sowie betriebsübliche Waschzeiten bleiben von der Verkürzung der Arbeitszeit unberührt und sind nach den bisherigen betrieblichen Vereinbarungen weiter zu gewähren.

(2) Die Lohnfragen, die sich im Zusammenhang mit Einführung der 45-Stunden-Woche ergeben, regelt der Minister für Arbeit und Berufsausbildung durch eine generelle Direktive, die im Gesetzblatt, Teil II, veröffentlicht wird.

Berlin, den 5. Februar 1957

Der Minister für Chemische Industrie
in Vertretung: gez. Adler,
Staatssekretär

5. Ernennung des Staatssekretärs

Durch Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 24. Januar 1957 ist der bisherige Stellvertreter des Ministers, Herr Adler, zum Staatssekretär im Ministerium für Chemische Industrie ernannt worden.

6. Ergänzung der Verschlusssachen-Nomenklatur

Die in Heft 6, Seite 63 ff, bekanntgemachte Verschlusssachen-Nomenklatur wird durch folgende Hinweise ergänzt:

Der Plan Forschung und Technik betrifft nur das Ministerium und ist deshalb auch nur für das Ministerium VVS. Das gleiche gilt auch für den gesamten Planentwurf.

Zur Berichterstattung:

„Sammlung der D-Themen“ betrifft nur die Staatliche Plankommission — Zentralamt für Forschung und Technik —, entfällt also in der Nomenklatur für Verschlusssachen des Ministeriums.

Berichte, die TWZ- und WZ-Reisen betreffen, sind als Vertrauliche Dienstsachen zu behandeln.

Die Werkleiter bzw. Abteilungsleiter sind verantwortlich für die Festlegung des Vertraulichkeitsgrades von Schriftstücken und Zeichnungen, die außerhalb der Nomenklatur liegen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Nomenklatur für Verschlusssachen nur als eine Grundlage für die Einstufung nach dem Charakter der Vertraulichkeit zu betrachten ist und keine erschöpfende Aufzählung darstellt.

7. Betreten von staatlichen Einrichtungen und Betrieben durch Abgeordnete der Volks- und Länderkammer

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß Abgeordnete der Volks- und Länderkammer ungehindert die Dienstgebäude der staatlichen Verwaltung und Einrichtungen betreten können.

Soweit sie in Ausübung ihrer Funktion einen volkseigenen Betrieb aufsuchen müssen, können sie nach vorheriger Vereinbarung mit dem Werkleiter den Betrieb ohne Besucherkarte bzw. Passierschein betreten. In beiden Fällen genügt die Legitimation durch den Abgeordneten ausweis der Volkskammer bzw. Länderkammer.

8. Anfertigung von Ergebnisprotokollen

Aus gegebener Veranlassung wird darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse wichtiger Besprechungen in Protokollen festzuhalten sind. Hierbei sollen insbesondere niedergelegt werden die im Rahmen der Besprechung festgelegten Aufgaben, die Termine ihrer Erfüllung und die Verantwortlichkeit für die Durchführung der Aufgaben.

9. Durch Urkunden des Ministers bzw. zuständigen HV-Leiters wurden berufen:**a) Mit Wirkung vom 1. Januar 1957**

Alfred Weber
zum Stellvertreter für den Bereich Produktion des Leiters der HV Allgemeine Chemie

Heinz Bach
zum kommissarischen Technischen Leiter des VEB Chemiewerk Greiz, Greiz-Dölau

Günther Braunsberger
zum kommissarischen Hauptbuchhalter des VEB Kali-Chemie, Berlin-Niederschöneweide

Rudolf Nied
zum kommissarischen Arbeitsdirektor des VEB Fahlberg-List, Magdeburg

Dr. Erich Schlüter
zum Direktor der Ingenieurschule Chemie, Fürstenwalde

Otto Thiele
zum kaufmännischen Leiter des VEB Farben- und Lackfabrik Leipzig

b) Mit Wirkung vom 1. Februar 1957

Gerhard Heller
zum kommissarischen Kaderleiter der HV Chemisch-technische Erzeugnisse

Helmuth Hähnel
zum Technischen Leiter des VEB Lackfabrik Ilmenau

Dr. Karl Heidrich
zum Werkleiter des VEB Sächsische Zellwolle, Plauen

Rudolf Wolf
zum kommissarischen Technischen Leiter des VEB Sächsische Zellwolle, Plauen

c) Mit Wirkung vom 15. Februar 1957

Konrad Schmidt
zum Werkleiter des VEB Asbestwerke Dresden

Herbert Byhan
zum kommissarischen Technischen Leiter des VEB Asbestwerke Dresden

d) Mit Wirkung vom 23. Februar 1957

Dr. Berthold Riedel
zum kommissarischen Werkdirektor des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld

e) Mit Wirkung vom 1. März 1957

Hermann Funk
zum Verwaltungsdirektor der Institute des Ministeriums für Chemische Industrie in Leipzig

Heinz Sommerlade
zum Technischen Leiter des VEB Plasta Kunstharz- und Preßmassefabrik Espenhain

f) Mit Wirkung vom 4. März 1957

Kurt Nagler
zum Werkleiter des VEB Preßstoffwerk „Dr. Erani“, Spremberg

Durch Urkunden des Ministers bzw. zuständigen HV-Leiters wurden abberufen:

Marianne Kotik
als Leiter der Zentralen Kader-Abteilung des Ministeriums

Erhard Heller
als kommissarischer Kaderleiter der HV Chemisch-technische Erzeugnisse

Fritz Böhm
als Kaufmännischer Leiter der Aufbauleitung Bleitetraäthylanlage, Döberitz-Gapfel

Dr. Karl Heidrich
als Technischer Leiter des VEB Sächsische Zellwolle, Plauen

Konrad Schmidt
als Technischer Leiter des VEB Asbestwerke Dresden

Hans Spätling
als Werkleiter des VEB Preßstoffwerk „Dr. Erani“, Spremberg

Willi Haase
als Werkleiter des VEB Asbestwerke Dresden

Kurt Zucker
als Werkleiter des VEB Sächsische Zellwolle, Plauen

Fritz Sommer
als Kaufmännischer Leiter des VEB Photopapierwerk Dresden

III. Planung und Materialversorgung**10. Kreditgewährung zur Einführung der neuen Technik**

Die Fragen der Kreditgewährung an volkseigene Betriebe zur Unterstützung der Einführung der neuen Technik und der Verbesserung der Rentabilität sind in einer Verordnung vom 14. Dezember 1956 (GBl. I,

S. 3/1957) und einer hierzu erlassenen 1. Durchführungsbestimmung vom 29. Dezember 1956 (GBl. I, S. 80/1957) behandelt.

Auf diese beiden gesetzlichen Bestimmungen wird nachdrücklich hingewiesen.

IV. Finanzen**11. Richtlinie zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds**

Auf Grund des § 7 der 6. Durchführungsbestimmung vom 26. Januar 1956 zum Gesetz über die Deutsche Notenbank — Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft — hat die Deutsche Notenbank eine Anordnung zur Durchführung dieser Kontrolle im Planjahr 1957 im Gesetzblatt veröffentlicht (GBl. I, S. 82).

Für den Bereich des Ministeriums für Chemische Industrie wird im Einvernehmen mit der Deutschen Noten-

bank ergänzend folgendes festgelegt:

Zu § 2 Durch die Zweiteilung des Lohnfonds wird den Betrieben und den Handelszentralen die Aufteilung auf die Monate gegenüber der Regelung des Jahres 1956 erleichtert. Die erforderlichen Werte werden unmittelbar aus dem Kostenplan, resp. aus den Konten des Rechnungswesens entnommen. Die zum Lohnfonds B gehörenden Löhne und Gehälter werden zusammengestellt (da sie verhältnismäßig konstant sind, können sie leicht ermittelt werden) und vom Gesamtlohnfonds abgezogen. Der Lohnfonds A ergibt sich aus dieser Differenzrechnung.

Zu § 3 Die Bemessungsgrundlage für die Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds ist die Leistung des Betriebes, die sich aus dem Verhältnis der Plankosten der Ist-Produktion abzüglich Grundmaterial zu den Plankosten der Planproduktion abzüglich Grundmaterial nach folgender Formel ergibt:

$$\frac{\text{Plankosten der Ist-Produktion} \cdot \text{Grundmaterial} \times 100}{\text{Plankosten der Planproduktion} \cdot \text{Grundmaterial}} = \% \text{ der Leistung}$$

In die Bemessungsgrundlage einzubeziehen sind:

- positive und negative Bestandsveränderungen,
- Leistungen industrieller und nichtindustrieller Art für Dritte,
- Leistungen und Erzeugnisse für Investitionen, Generalreparaturen und Umsetzungen,
- die zu aktivierenden reinen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, soweit hierfür Grundlohn geplant und verrechnet wird.

Außer Ansatz zu lassen sind:

Produktive Lehrlingsleistungen gemäß Anordnung vom 25. Oktober 1956 (GBl. I/56, Seite 1149).

Beim Nachweis der Erfüllung der Betriebsleistung sind Fremdleistungen und Fremdbezüge wie folgt zu behandeln:

Die im entsprechenden Abrechnungszeitraum über den geplanten Umfang hinausgehenden Fremdleistungen und Abzüge sind vom Wert der im gleichen Zeitraum erzielten Ist-Produktion abzusetzen, die im entsprechenden Abrechnungszeitraum verbleibende Differenz an Fremdleistungen und -bezügen zwischen dem geplanten und erreichten Umfang ist der Ist-Produktion zuzuschlagen.

Aus dem Lohnfonds A gezahlte Löhne für zeitweilig aus anderen Betrieben zur Verfügung gestellte Arbeitskräfte müssen vom abgebenden Betrieb im Nachweis für die Bank von der Inanspruchnahme des Lohnfonds abgesetzt werden, der empfangende Betrieb setzt für diese Arbeitskräfte die zu zahlenden Löhne der Inanspruchnahme seines Lohnfonds A zu.

Für die Handelsbetriebe ist als Bemessungsgrundlage für die Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds der Umsatz zu Einkaufspreisen im Lagergeschäft (einschl. des Umsatzes im eigenen Handelsnetz) zugrunde zu legen.

Der geforderte Nachweis der geplanten und tatsächlichen Lohnfondsinanspruchnahme sowie der geplanten und tatsächlichen Leistungen erfolgt in den Industriebetrieben auf dem monatlich aufzustellenden Finanzbericht Formblatt 61, Absatz D. In der Zeile 1 — Produktion — sind hier die Plankosten der Planproduktion \cdot Grundmaterial resp. die Plankosten der Ist-Produktion \cdot Grundmaterial anzugeben. Es wird den Betrieben freigestellt, diese Werte aus dem Finanzplan des gesamten Betriebes oder aus den Planunterlagen der einzelnen Kostenträgergruppen resp. Kostenträgern zu entnehmen und zu addieren. Eine Änderung der einmal gewählten Errechnungsmethode im Laufe des Jahres ist jedoch nicht gestattet.

In den Handelszentralen erfolgt die Monatsaufteilung des Warenumsatzplanes im Lagergeschäft zu Einkaufspreisen und des Lohnfonds auf Grund der den Betrieben bestätigten operativen Quartalspläne. Diese Angaben sind der kontoführenden Bankfiliale bei der Abrechnung im Finanzbericht, Teil I, bekanntzugeben.

Zu § 5 Die hier geforderte Stellungnahme des Betriebes zu Lohnfondsüberschreitungen ist in Form einer Lohnfondsanalyse der Bank und im Falle der Beantragung zur endgültigen Genehmigung von Lohnfondsüberschreitungen gemäß § 6 der Hauptverwaltung zu geben. In der Lohnfondsanalyse sollen nach Möglichkeit durch exakte Berechnungen die für die Überschreitung angegebenen Gründe bewiesen werden.

Die von der Bank für den Fall von Lohnfondsüberschreitungen geforderten Maßnahmen sind nicht erforderlich, wenn in Betrieben durch die im Zuge der weiteren Mechanisierung und Automatisierung notwendig werdenden Verstärkungen des ingenieur-technischen Personals eine Überschreitung des Lohnfonds B eintritt, die durch Einsparungen im Lohnfonds A gedeckt sind.

V. Forschung und Entwicklung

12. Verfügung über Organisation und Durchführung der Standardisierung

Die Verfügung vom 31. Mai 1955 über die Bildung einheitlicher Werknormenbüros (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Schwerindustrie, Heft 10, Seite 137) bedarf, um den Erfordernissen der Standardisierung nachzukommen, einer Erweiterung.

Auf der Grundlage der Verordnung vom 30. September 1954 über die Einführung Staatlicher Standards und Durchführung der Standardisierungsarbeiten in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 821) und den dazu ergangenen vier Durchführungsbestimmungen wird daher folgendes bestimmt:

I.

1. In den wichtigsten Betrieben und Institutionen des Ministeriums für Chemische Industrie sind bis zum 1. Mai 1957 Zentralstellen für Standardisierung zu bilden.

Im Einvernehmen mit den Hauptverwaltungen sind zunächst folgende Zentralstellen zu errichten:

HV Schwerchemie:

- im Institut für Chemie und Technologie der Plaste, Leipzig (für Plastwerkstoffe, Weichmacher, Stabilisatoren usw.),
- im Institut für organische Grundstoffchemie, Leipzig (für organisch-chemische Roh- und Grundstoffe unter Ausschluß der Zwischenprodukte der Farbstoffindustrie).

HV Allgemeine Chemie:

- im VEB Lack- und Lackkunstharzfabrik Magdeburg (für Lacke und Farben),
- im VEB Berlin-Chemie, Berlin-Adlershof (für Labor- und Feinchemikalien),
- im VEB Fettchemie, Karl-Marx-Stadt (Seifen- und Waschmittel-Roh- und Grundstoffe, Textilhilfsmittel, Gerbstoffe usw.).

HV Chemisch-Technische Erzeugnisse:

- im VEB Reifenwerk Fürstenwalde (für Reifenindustrie),
- im VEB Gummiwerk Elbe (für Weichgummiindustrie),

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL 86

3. im VEB Filmfabrik Agfa Wolfen (für Fotochemie),
4. im VEB Photopapierwerk Dresden (für Photopapier),
5. Institut für Technologie der Chemiefasern, Rudolstadt (für Chemiefasern).
5. Zusammenarbeit mit den DNA und der ISO in Abstimmung mit der zuständigen Hauptverwaltung.
6. Dokumentation von Normen, insbesondere ausländischer Normen und von Normenliteratur.

HV Anorganische Chemie:

Der Charakter der Betriebe, die der HV Anorganische Chemie zugeordnet sind, sowie der Umfang der bereits bestehenden TGL-Vorschriften lassen die Notwendigkeit der Bildung von Zentralstellen für diesen Bereich entfallen.

2. Die Zentralstellen für Standardisierung sind verantwortlich für die Standardisierung der handelsgängigen Erzeugnisse ihres Produktionszweiges innerhalb der zuständigen Hauptverwaltung einschließlich der von ihnen zu betreuenden Betriebe der örtlichen Industrie (s. GBl. 106 vom 28. Dezember 1956).

In diesen Betrieben bzw. Institutionen — soweit sie von dieser Anordnung betroffen werden — bereits bestehende Normenbüros übernehmen unter Änderung ihrer Bezeichnung die unter II stehenden Aufgaben.

Die Struktur- und Stellenpläne der Zentralstellen für Standardisierung sind vom Leiter der zuständigen Hauptverwaltung zu genehmigen.

Die Doppelfunktion der Zentralstellen für Standardisierung als Beauftragte der Hauptverwaltung und als Büro für technische Normung ist im Struktur- und Stellenplan und bei der Arbeitsorganisation zu berücksichtigen.

Die Werknormenbüros werden hinsichtlich der Durchführung der ihnen zugewiesenen Arbeiten am Plan der Standardisierung fachlich von der Zentralstelle für Standardisierung angeleitet und sind ihr gegenüber berichtspflichtig.

Aus vorstehendem Punkt ergibt sich das Unterstellungsverhältnis insofern, als die fachliche Anleitung und Überwachung der Zentralstellen in der Durchführung der Aufgaben des Planes der Standardisierung der zuständigen Hauptverwaltung obliegt, die Tätigkeit als Werknormenbüro jedoch durch die Weisungen der Werkleitung geregelt wird.

II.

Die Zentralstellen für Standardisierung haben folgende Aufgaben:

1. Ausarbeitung des Entwurfes des Planes der Standardisierung für ihre jeweiligen Fachgebiete nach den Direktiven der Hauptverwaltung und gemäß der Empfehlungen der zuständigen zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik. Vorprüfung von Standard-Entwürfen. Formgerechte Ausarbeitung und Einreichung der Entwürfe an die zuständige Hauptverwaltung.
2. Fachliche Anleitung und Beratung der mit der Durchführung der Aufgaben des Planes der Standardisierung beauftragten technischen Bearbeiter, der Leiter der Büros oder der Beauftragten für technische Normung der Betriebe.
3. Finanzielle Kontrolle der durchzuführenden Aufgaben des Planes der Standardisierung und zusammenfassende Berichterstattung über die Erfüllung dieser Aufgaben an die Hauptverwaltung.
4. Mitarbeit im normentechnischen Prüfungsausschuß beim Amt für Standardisierung, soweit es sich um Planaufgaben innerhalb des Fachgebietes der Zentralstelle handelt.

III.

Aufgaben der zuständigen Abteilungen des Ministeriums in Fragen der Standardisierung:

1. Jede Hauptverwaltung hat innerhalb ihrer Abteilung Technik im Rahmen des Stellenplanes einen „Beauftragten für Standardisierung und Gütekontrolle“ mit der Bearbeitung des Planes der Standardisierung und den folgenden damit zusammenhängenden Aufgaben zu betrauen:
 - a) Ausarbeitung der langfristigen und Jahresdirektiven für den Plan der Standardisierung im Rahmen der Fachgebiete der Zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik, die der Hauptverwaltung unterstellt sind. Vorlage der Direktive und Diskussion im Arbeitskreis.
 - b) Anleitung der Zentralstellen bei der Ausarbeitung der Planvorschläge und Planentwürfe für deren Fachgebiete unter Berücksichtigung der Empfehlungen des zuständigen Arbeitskreises gemäß der methodischen Richtlinien des Amtes für Standardisierung.
 - c) Zusammenfassung des Planentwurfes der Standardisierung der Hauptverwaltung und Herausgabe der bestätigten Planaufgaben an die Zentralstelle bzw. Werknormenbüros.
 - d) Anleitung und Kontrolle der Zentralstellen für Standardisierung bei der Durchführung der Planaufgaben. Überprüfung der terminlichen, fachlichen und finanziellen Erfüllungsstände des Planes der Standardisierung.
 - e) Prüfung von Standardentwürfen und Weiterleitung derselben über die ZA „Entwicklung der chemischen Industrie“ zur Verbindlichkeitserklärung durch das Amt für Standardisierung.
 - f) Kontrolle über die Einhaltung Staatlicher Standards und anderer technischer Normen in Zusammenarbeit mit dem DAMW.
2. Der Beauftragte für Standardisierung und Gütekontrolle in der ZA „Entwicklung der chemischen Industrie“ des Ministeriums hat folgende Aufgaben:

- a) Ausarbeitung von Jahresdirektiven und Perspektivvorstellungen für die Standardisierung innerhalb des Industriezweiges für die Hauptverwaltungen.
- b) Anleitung der Hauptverwaltungen bei der Anfertigung des Planentwurfes und Koordinierung der Themenvorschläge bei der Zusammenstellung des Planentwurfes des Ministeriums.
- c) Kontrolle der fachlichen, finanziellen und terminlichen Erfüllung des Planes der Standardisierung bei den Hauptverwaltungen.
- d) Klärung von Grundsatzfragen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Standardisierung.
- e) Einleitung von Verbindlichkeitserklärungen von TGL-Entwürfen durch das Amt für Standardisierung.

IV.

Die Finanzierung der Planaufgaben des Planes der Standardisierung erfolgt aus Mitteln des Staatshaushaltes. Hierfür gelten die vom Ministerium der Finanzen bestätigten Richtlinien.

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

VI. Arbeit und Berufsausbildung

13. Verfügung über die Wohnraumbedarfsplanung für das Jahr 1957

Um eine ordnungsgemäße Wohnraumbedarfsplanung durchführen zu können, wird verfügt:

- 1. Die Betriebe melden ihren Wohnraumbedarf entsprechend der Anlage 1 bis zum 2. Mai 1957 ihrer zuständigen Hauptverwaltung (Abteilung für Arbeit) und den Räten der Kreise (Abteilung Arbeit und Berufsausbildung).
2. Getrennte Betriebsteile, die in anderen Bezirken bzw. Kreisen ihren Sitz haben, reichen ihren Wohnraumbedarf gesondert ihrer zuständigen Hauptverwaltung über ihren Stammbetrieb und direkt dem für ihren Sitz zuständigen Rat des Kreises ein.
3. Die Hauptverwaltungen übermitteln der Zentralen Abteilung für Arbeit des Ministeriums den gesamten Wohnraumbedarf ihrer Hauptverwaltung auf dem Formblatt 303, getrennt nach Bezirken und Kreisen, in einmaliger Ausfertigung bis zum 15. Mai 1957.
4. Um die in Punkt 3 geforderten Aufteilungen zu gewährleisten, haben die Betriebe ihre Meldungen an ihre Hauptverwaltungen unter Einhaltung des als Anlage 1 abgedruckten Musters abzugeben.

Anlage 1

Wohnraumbedarfsplanung des VEB für das Jahr

- 1. Vorgemerkte Wohnungssuchende des Betriebes
2. a) Gesamtzahl der auf Grund des Arbeitskräfteplanes neu einzustellenden Arbeitskräfte, Personen:
b) Zahl der Arbeitskräfte, die voraussichtlich von außerhalb zuziehen müssen
3. Bereits beschäftigte Arbeitskräfte, die keine Wohnung am Arbeitsort besitzen, davon
a) noch keinen Wohnungsantrag gestellt haben
b) einen Wohnungsantrag gestellt haben
c) Empfänger von Trennungsentschädigung
d) wo die Dauer der Fahrt zum und vom Betrieb 2 Stunden überschreitet
4. Zahl der unterzubringenden Arbeitskräfte insgesamt:
5. davon aus Ziffer 4. Leitungs-kräfte Fach-arbeiter Sonstige
1. VdN
2. staatl. Auszeichnungen
3. Intelligenz
4. Tbc, Schwerbeschädigte
5. Kinderreiche Mütter

Vorgesehene Deckung des Bedarfes

- 1. Voraussichtlich im Laufe des Planjahres freiwerdender betriebseigener Wohnraum
a) Freimachung von mit Betriebsfremden belegten Wohnungen WE

- b) bessere Auslastung der betriebs-eigenen Wohnungen WE
c) sonstiger freiwerdender Wohnraum WE
2. Bereitstellung durch die Arbeiterwohn-sitzgemeinden WE
1. 6.
2. 7.
3. 8.
4. 9.
5. 10.
3. Neubau von Wohnungen
a) Investitionen WE
b) AWG WE
c) individueller Eigenheimbau WE
insgesamt: WE

Danach noch benötigter Wohnraum insgesamt WE

- 4. Größe der benötigten Wohnungseinheiten:
1 Zr. 2 Zr. 3 Zr. 4 Zr.

- 5. Bestand
1. Anzahl der betriebseigenen Wohnungen WE
2. Gesamtzahl des im Rahmen des Arbeiterwohnungsbaues entstandenen Wohnraumes
a) Genossenschaft WE
b) individuell WE

Genehmigungsvermerk: „Registriert vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung am 19. Januar 1957 unter Nummer 660/12, befristet bis zum 30. Mai 1957.“

Erläuterung

zur Ausfüllung des Wohnraumbedarfsplanes und des Planes für die Deckung des Wohnraumbedarfes

Wohnraumbedarfsplan

- Zu 1: Betrifft die im Betrieb beschäftigten Wohnungssuchenden, welche einen Antrag bei der Wohnraumlenkung des Betriebes eingereicht haben.
Zu 2 a): Arbeitskräfte, die im Planjahr auf Grund einer vergrößerten Kapazität oder wegen Planerfüllung neu einzustellen sind,
b): wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung der Stadt oder des Kreises festgestellt.
Zu 3: Diese Fragen sind vom Betrieb besonders zu beachten, da sie helfen, im Betrieb die Selbstkosten zu senken und die Grundlage schaffen, die Aufgaben des betrieblichen Wohnungswesens durchzuführen.
Zu 4: Hier werden die Personen zusammengefaßt, die in Ziffer 1, 2b und 3a aufgeführt sind.
Zu 5: Ist eine Übersicht zur Unterstützung der Wohnraumverteilung.

Deckung des Wohnraumbedarfes

- Zu 1 a): Ist in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wohnraumlenkung planmäßig festzulegen.
b): Durch die Betriebe ist Sorge zu tragen, daß der vorhandene betriebseigene Wohnraum entsprechend der örtlichen Wohnraumlage kopfzahlenmäßig ausgelastet ist.
c) Ist Wohnraum, der durch Abwanderung, Tod frei wird.
Zu 2: Ist im Einvernehmen mit der örtlichen Wohnraumlenkung der Arbeiterwohn-sitzgemeinden

CONFIDENTIAL

festzulegen. Bei Schwierigkeiten ist die Abteilung Arbeit und Berufsausbildung des Rates des Kreises mit heranzuziehen.

Unter insgesamt werden alle ausgeworfenen unterstrichenen Zahlen zusammengefaßt und von der Zahl, die im Wohnraumbedarfsplan unter Ziffer 4 zusammengefaßt ist, abgezogen. Das Resultat ergibt die Zahl, welche unter „Danach benötigter Wohnraum“ einzutragen ist.

- Zu 4: Wird auf Grund der Gesamtzahl des benötigten Wohnraumes festgestellt unter Berücksichtigung der Größe der einzelnen Familien.
- Zu 5: Ergibt eine Übersicht über den Bestand an Wohnraum, der den Betrieben zur Verfügung steht und durch den Arbeiterwohnungsbau geschaffen wurde.

14. Ärztliche Reihenuntersuchungen

Die nach der 7. Durchführungsbestimmung vom 23. Juni 1955 (GBl. I, S. 502) zur Verordnung vom 10. Dezember 1953 (GBl. S. 957) festgelegte Meldepflicht für ärztliche Reihenuntersuchungen wird auch weiterhin durchgeführt. Sie erfolgt wie bisher in unveränderter Form als formlose Meldung an den Rat des zuständigen Kreises. Die Einsendetermine der Meldungen sind: 10. April, 10. Juli, 10. Oktober, 10. Januar.

15. Richtlinie zur Durchführung des Berufswettbewerbes

Den Betrieben ist vor einiger Zeit die Richtlinie über die Durchführung des Berufswettbewerbes zugegangen. Da diese Richtlinie auch die Grundlage für die Durchführung der zukünftigen Berufswettbewerbe darstellen soll, wird gebeten, Ergänzung- und Abänderungsvorschläge zu der Richtlinie der ZA Berufsausbildung des Ministeriums zu übermitteln.

16. Plan der Maßnahmen zur Förderung der Jugend

Der „Beschluß zur Förderung der Jugend im Jahre 1957“ stellt den volkseigenen Betrieben eine Anzahl neuer Aufgaben, deren Lösung eine Unterstützung durch die zentralen staatlichen Organe erfordert. Zu diesem Zweck und zur Erfüllung der weiteren Aufgaben, die das Gesetz zur Förderung der Jugend den Leitern der staatlichen Verwaltungsorgane stellt, wird für den Bereich des Ministeriums für Chemische Industrie folgender Maßnahmenplan erlassen:

I.

Maßnahmen zur Einleitung des Erfahrungsaustausches mit befreundeten Ländern

1. a) Die Betriebe und Hauptverwaltungen werden beauftragt, in Verbindung mit der Abteilung Internationale Zusammenarbeit jugendlichen Fachkräften die Möglichkeit zu geben, an TWZ-Reisen in befreundete sozialistische Staaten teilzunehmen. Verantwortlich: Werkleiter, HV-Leiter, Leiter der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit
- b) Der Leiter der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit wird beauftragt, bei Auslandsreisen von Mitarbeitern des Ministeriums diese von Fall zu Fall zu verpflichten, die Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches von Jugendlichen unseres Landes mit Jugendlichen der befreundeten Länder zu prüfen. Die beauftragten Mitarbeiter sind verpflichtet, sofort nach Abschluß der Reise über das Ergebnis dieser Ermittlungen der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit Bericht zu erstatten.
Verantwortlich: Leiter der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit
2. Zwischen den Chemiebetrieben der DDR und des befreundeten Auslandes bestehen zum Teil direkte

Verbindungen, die mehr oder weniger gefestigt sind. Diese Kontakte sind so zu erweitern, daß Jugendliche unserer Betriebe mit Jugendlichen des befreundeten Auslandes in Verbindung treten können. Es werden besonders empfohlen:

die Kontaktaufnahme der Betriebsberufsschulen und Ausbildungsstätten,
die Kontaktaufnahme der Jugendorganisationen,
die Kontaktaufnahme der Hoch- und Fachschulen mit Betriebsberufsschulen, Ausbildungsstätten, Hoch- und Fachschulen und den Jugendorganisationen der Betriebe der chemischen Industrie des befreundeten Auslandes.

Verantwortlich: Werkleiter, HV-Leiter, Leiter der ZA Hoch- und Fachschulen

3. Im Rahmen der bestehenden **Patenschaftsverträge** des VEB Farbenfabrik Wolfen mit dem chemischen Werk „Usti“ (Außig, CSR) erfolgt bereits ein Austausch von Delegationen, bei dem Jugendliche besonders berücksichtigt werden.

Den HV-Leitern wird empfohlen zu prüfen, ob solche Patenschaftsverträge auch innerhalb der Betriebe ihrer Hauptverwaltungen und den Betrieben des befreundeten Auslandes abgeschlossen werden können. Sie sollen es weiteren Jugendlichen unserer Betriebe ermöglichen, einen Erfahrungsaustausch durchzuführen.

Verantwortlich: HV-Leiter

4. Bestehende **Wettbewerbsverträge** zwischen Betrieben des befreundeten Auslandes und unseren Betrieben sind, wenn irgend möglich, durch solche Vereinbarungen zu ergänzen, die **Wettbewerbe von Jugendbrigaden und die Teilnahme der Jugendlichen am Delegations- und Erfahrungsaustausch** ermöglichen. Als Beispiel seien die bestehenden Wettbewerbsverträge des VEB Stickstoffwerk „Pawel FINDER“ in Chorzow, Volksrepublik Polen, mit dem VEB Stickstoffwerk Piesteritz genannt.

Verantwortlich: HV-Leiter

5. Mit den fünf Großbetrieben der HV Schwerchemie sind Vereinbarungen zu treffen, um **Kulturgruppentournees in die befreundeten Länder** nach dem Vorbild des Elektrochemischen Kombines Bitterfeld in Verbindung mit der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit zu organisieren. Den Leitern der anderen Hauptverwaltungen wird empfohlen zu prüfen, welche Möglichkeiten sich in dieser Beziehung für ihre Betriebe ergeben und evtl. entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Die finanzielle Seite ist in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur zu klären.

Verantwortlich: HV-Leiter, Leiter der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit

6. Im Rahmen des Erfahrungsaustausches der Fachschüler der Ingenieurschulen „Chemie“ mit den Jugendlichen der chemischen Industrie der befreundeten sozialistischen Staaten wird im August dieses Jahres eine Klasse der Ingenieurschule Chemie, Berlin, ihr Berufspraktikum in chemischen Betrieben der CSR durchführen. Im Austauschverfahren werden zur gleichen Zeit 20 Fachschüler von der Fachschule für Chemie in Prag ein solches Berufspraktikum im Leuna-Werk „Walter Ulbricht“ ableisten.

Ebenso ist von der Ingenieurschule Chemie, Leipzig, für die unterrichtsfreie Zeit vorgesehen, daß eine Klasse zum Erfahrungsaustausch an die Technische Hochschule Prag fährt und eine gleiche Anzahl Studenten dieser Hochschule an die Ingenieurschule Chemie, Leipzig, kommt.

Verantwortlich: Leiter der ZA Hoch- und Fachschulen

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL**II.****Vorbereitung der VI. Weltfestspiele**

1. Entsprechend dem Beschluß des Ministerrates wird die Zentrale Abteilung für Arbeit verpflichtet, zur Förderung des sozialistischen Wettbewerbes der Jugend in Vorbereitung der VI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau, Maßnahmen festzulegen, die gewährleisten, daß den besten Jugendlichen in den einzelnen Wirtschaftszweigen Mittel und Prämien zur Verfügung gestellt werden und ihnen entsprechend den Anforderungen der Produktion bestimmte Hinweise für den Wettbewerb gegeben werden. Das gleiche gilt für die Hauptverwaltungen.

An Prämien stellen zur Verfügung:

die HV Schwerchemie zur Auszeichnung der drei besten Jugendbrigaden im Wettbewerb 10 000 DM, die HV Chem.-techn. Erzeugnisse zur Auszeichnung der bereits laufenden Jugendwettbewerbe für das II. Quartal 1957 5000 DM,

die HV Allgemeine Chemie zur Auszeichnung der bereits im Wettbewerb stehenden Jugendbrigade „Philipp Müller“ (um den Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität“) und der Teilnehmer der Jugendwettbewerbe 3000 DM,

die HV Anorganische Chemie zur Auszeichnung der Teilnehmer der Jugendwettbewerbe 3000 DM.

Verantwortlich: Leiter der Zentralen Abteilung für Arbeit, HV-Leiter

III.**Maßnahmen zur Steigerung der Initiative der Jugend****1. Aussprachen mit den Jugendlichen der Betriebe**

Entsprechend dem Beschluß des Ministerrates werden leitende Mitarbeiter des Ministeriums verpflichtet, mit Jugendlichen der Betriebe der chemischen Industrie Aussprachen durchzuführen.

- a) Die Zentrale Kaderabteilung stellt zur Koordinierung einen Einsatzplan für alle Betriebe auf und kontrolliert ihn.

Verantwortlich: Leiter der Zentralen Kaderabteilung

- b) Die Aussprachen sollen lt. Ministeratsbeschluß stattfinden

im März 1957 anläßlich des Jahrestages der FDJ, Ende Juni 1957 in Vorbereitung der VI. Weltfestspiele,

Anfang Oktober 1957 anläßlich der Gründungstages der DDR.

- c) Es wird empfohlen, die Aussprachen durchzuführen

als Jugendforen oder Jugendversammlungen, in denen Anfragen und Vorschläge der Jugendlichen zu beraten sind,

als Beratungen mit Jugendbrigaden, in deren Auswertung Maßnahmen festzulegen sind, die die bestehenden Jugendbrigaden fördern und dazu beitragen, neue Jugendbrigaden zu bilden.

Beide Maßnahmen können anläßlich der o. a. Termine miteinander verbunden werden.

Verantwortlich: Staatssekretär und HV-Leiter

2. Aussprachen mit Jugendlichen der Hoch- und Fachschulen

Leitende Mitarbeiter des Ministeriums werden verpflichtet, mit den Studierenden an den Hoch- und Fachschulen Besprechungen und Beratungen durchzuführen und ihre Wünsche und Anregungen entgegenzunehmen. Daraus sollen Maßnahmen zur Verbesserung des Studiums abgeleitet werden.

Verantwortlich für den Einsatz der leitenden Mit-

arbeiter und die Auswertung der Berichte: Leiter der ZA Hoch- und Fachschulen

25X1

IV.**Unterstützung der FDJ-Kontrollposten und Jugendbrigaden**

1. Entsprechend dem Ministerratsbeschluß ist die Schulung der FDJ-Kontrollposten und Jugendbrigadiers der Betriebe in enger Zusammenarbeit mit der jeweiligen FDJ- und Gewerkschaftsleitung zu organisieren.

Die Hauptverwaltungen übernehmen in Verbindung mit der ZA Berufsausbildung die Organisation und Durchführung von Lehrgängen. Die Schulung erfolgt auf der Grundlage des vom Zentralrat der FDJ noch herauszugebenden Materials.

Die Zentrale Abteilung für Berufsausbildung überprüft in Zusammenarbeit mit der HV Schwerchemie die Möglichkeit einer zentralen Schulung (Internatslehrgang) in den Räumen der TBS des EK3. Darüber hinaus legen die Hauptverwaltungen fest, wie sie die Schulung der Kontrollposten in ihrem eigenen Bereich organisieren und durchführen wollen.

Verantwortlich: HV-Leiter, Leiter der Zentralen Abteilung für Berufsausbildung

2. Die HV-Leiter verpflichten die Werkleiter, in den Sitzungen der Werkleitungen die Arbeit und Unterstützung der FDJ-Kontrollposten und Jugendbrigaden zu behandeln. Es wird empfohlen, die Leitungen der FDJ zu diesen Sitzungen hinzuzuziehen und ihre Vorschläge zur Verbesserung der Jugendarbeit zu berücksichtigen.

Verantwortlich: HV-Leiter

V.**Unterstützung bei der Berufswahl**

1. Entsprechend dem Ministerratsbeschluß wird die Zentrale Abteilung für Berufsausbildung bis Oktober 1957 geeignetes Aufklärungsmaterial entwickeln, um den Jugendlichen die Berufswahl zu erleichtern.

Verantwortlich: ZA für Berufsausbildung

2. Die Berufsschulinspektoren der Hauptverwaltungen ermitteln bis zum 15. April 1957 die Berufsgruppen, in denen besondere Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Nachwuchsplanes bestehen und teilen sie der Zentralen Abteilung für Berufsausbildung mit. Sie unterstützen weiterhin die Entwicklung des Aufklärungsmaterials durch Beschaffung von geeigneten Abbildungen usw. aus ihren Betrieben.

Verantwortlich: Leiter der Abteilung für Arbeit der HV

VI.**Gemeinschaftsleben in den Lehrlingswohnheimen**

1. Entsprechend dem Ministerratsbeschluß untersucht die Zentrale Abteilung für Berufsausbildung die Möglichkeiten, die geeignet sind, den Jugendlichen eine größere Verantwortung bei der Mitgestaltung des Gemeinschaftslebens in den Lehrlingswohnheimen zu übertragen.

Sie bildet einen Arbeitskreis, der sich mit der Erziehung der Jugendlichen in den Lehrlingswohnheimen, besonders mit der Erhöhung der Verantwortung bei der Mitgestaltung des Gemeinschaftslebens, befaßt.

Verantwortlich: ZA für Berufsausbildung

2. Die Berufsschulinspektoren der Hauptverwaltungen beraten mit den Direktoren der Betriebsberufsschulen und den Erziehern der Lehrlingsheime über diese Probleme.

CONFIDENTIAL

Das Ergebnis dieser Beratungen teilen sie der Zentralen Abteilung für Berufsausbildung bis zum 30. April 1957 mit und unterbreiten dabei ihre Vorschläge für die einzuleitenden Maßnahmen.

Verantwortlich: Leiter der Abteilungen für Arbeit der Hauptverwaltungen

VII.

Schlußbestimmungen

1. Die Kontrolle der Durchführung des Gesamtplanes obliegt der Zentralen Abteilung für Berufsausbildung. Sie ist berechtigt, Berichte anzufordern und fertigt den Gesamtbericht an.
2. Den Berufsschulinspektoren der HV und den Hauptreferenten für Qualifizierung obliegt die Anleitung und Kontrolle der Jugendförderung und des Sportes in den zentral geleiteten VEB. Sie sind verpflichtet, über die Durchführung des Jugendgesetzes Bericht zu erstatten.
3. In der Zeit zwischen dem 15. September und dem 30. Oktober ist in den Betrieben der „Tag der Über-

prüfung der Jugend- und Sporteinrichtungen“ durchzuführen. Dabei sind die betrieblichen Jugendförderungspläne zu überprüfen und Maßnahmen zur Verbesserung der Jugend- und Sporteinrichtungen sowie zur restlosen Erfüllung der Jugendförderungspläne einzuleiten.

4. Alle Aufgaben dieses Planes sind Aufgaben im Sinne des Gesetzes vom 8. Februar 1950 „Über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung“ (GBl. S. 95).

5. Nach Ablauf von sechs Monaten ist dem Ministerrat über den Stand der Erfüllung des Planes Bericht zu erstatten.

Zur Zusammenstellung des Berichtes reichen die Leiter der Zentralen Abteilungen und die Leiter der Hauptverwaltungen ihre Berichte der Zentralen Abteilung für Berufsausbildung ein.

Termin: 15. Juni 1957

VII. Rechtsfragen und allgemeines Vertragssystem

17. Arbeitsgruppen der Justitiare

Um einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Justitiare im Bereich des Ministeriums für Chemische Industrie zu gewährleisten und damit eine weitere Verbesserung in der juristischen Betreuung der Betriebe zu erzielen, sind durch die ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle Arbeitsgruppen der Justitiare zu organisieren.

Diese Arbeitsgruppen haben einmal im Quartal eine Arbeitstagung durchzuführen, zu der die Betriebsjustitiare von den Betrieben zu delegieren sind.

Die Einzelheiten über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen regelt die ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle des Ministeriums.

18. Übertragung von Vertragsschiedssachen vom Staatlichen Vertragsschiedsgericht bei der Regierung auf die Bezirksvertragsgerichte

1. Den Staatlichen Vertragsgerichten in den Bezirken werden gemäß § 7, Absatz 3 VGVO, übertragen:
 - a) Vertragsschiedssachen mit einem Streitwert von 10 000,— DM bis 100 000,— DM, die eine Forderung oder die Feststellung eines Rechtsverhältnisses zum Gegenstand haben,
 - b) Vertragsschiedssachen mit einem Streitwert von 100 000,— DM bis 500 000,— DM, die den Abschluß eines Vertrages zum Gegenstand haben.
2. Anträge in allgemein übertragenen Vertragsschiedssachen sind bei dem Bezirksvertragsgericht einzureichen, das gemäß § 8 VGVO örtlich zuständig ist.

Anträge in allgemein übertragenen Vertragsschiedssachen, die beim Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der DDR eingehen, sind durch Verfügung an das örtlich zuständige Bezirksvertragsgericht abzugeben.

Der Antragsteller ist hiervon in Kenntnis zu setzen.

3. Den Bezirksvertragsgerichten werden allgemein nicht übertragen:

a) Vertragsschiedssachen, die Forderungen aus einer Einfuhrbestellung oder den Abschluß einer Einfuhrbestellung zum Gegenstand haben (Importverfahren),

b) Vertragsschiedssachen, in denen die Staatliche Verwaltung der Staatsreserve beteiligt ist.

Für die vorstehend genannten Vertragsschiedssachen muß grundsätzlich die Zuständigkeit des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR gemäß § 7, Absatz 1 VGVO, gegeben sein. Die Übertragung einer Vertragsschiedssache im Einzelfall wird dadurch nicht ausgeschlossen.

4. Eine Übertragung von Vertragsschiedssachen gemäß § 7, Absatz 3 VGVO, auf das Vertragsgericht beim Magistrat von Groß-Berlin erfolgt nicht. Eine der Ziffer 1 entsprechende Änderung der sachlichen Zuständigkeit wird vorbereitet.
5. Diese Anweisung gilt ab 1. März 1957.

Die Mitteilung Nr. 89/55 vom 4. Oktober 1955, betr. Zuständigkeit der Staatlichen Vertragsgerichte in den Bezirken (unveröffentlicht) wird aufgehoben. Anweisung 1/57 des SVG.

VIII. Sonstiges

19. Literatur-Hinweise

In Heft 6 der Schriftenreihe „Arbeitsökonomik“ des Institutes für Arbeitsökonomik und Arbeitsschutzforschung werden Fragen der Entlohnung bei Ausschluß, Qualitätsminderung und Nacharbeit behandelt.

Es wird an Hand von Bestimmungen aus der Praxis erläutert, wie die Regelungen der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werkstätigen zur Minderung von Ausschluß und zur Erhöhung der Qualität richtig angewandt werden können.

Die Beachtung dieser Broschüre wird daher empfohlen. Sie ist über den Buchhandel oder den Verlag der „Tribüne“, Berlin-Treptow, zu beziehen.

20. Manuskripte für Heft 9 „Verfügungen und Mitteilungen“

Manuskripte für Heft 9 „Verfügungen und Mitteilungen“ sind der ZA Rechts- und Vertragsschiedsstelle bis zum 15. Mai 1957 zuzuleiten.

Berlin, den 10. April 1957

RA 1310/57

We/Ki.

Ministerium für Chemische Industrie

In Vertretung

Adler,

Staatssekretär